

Gemeinsame Presseerklärung

Eltern und Lehrer lehnen eine Verlängerung der Grundschulzeit in NRW ab

Keine neuen Versuche mit unseren Schülern! Endlich Kontinuität und Ruhe in den Schulen!

Der Vorschlag einer Gruppe von Grundschulleitern, die Grundschulzeit in Nordrhein-Westfalen zu verlängern, wird von der Landeselternschaft der Gymnasien ebenso wie vom Philologenverband und allen 16 Eltern- und Lehrerverbänden des Aktionsbündnisses Schule rigoros abgelehnt. Die Eltern empfinden es als äußerst dreist und pädagogisch unverantwortbar, längere gemeinsame Lernzeiten zu fordern und pauschal damit die Bildungszeiten an Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien massiv zu beschneiden. Wir wehren uns gegen eine Grundschul-Zwangsbeglückung!

„Die Grundschulleiter verschweigen ganz bewusst, dass es keine einzige wissenschaftliche Studie gibt, die bei einer längeren Grundschulzeit auch eine bessere Förderung der Schüler belegen kann. In Niedersachsen schaffte man die Orientierungsstufe ab, in Berlin kämpfen die Eltern für mehr Gymnasien, die ab Klasse 5 beginnen. In Hamburg lassen sich Eltern, Schüler und Lehrer nicht gefallen, dass man ihnen das Wahlrecht auf die gewünschte Schulform beschneidet“, erklärt Gabriela Custodis, Vorsitzende der Landeselternschaft für die Gymnasien.

Wenn jeder 10. Grundschulleiter den Eindruck hat, zu wenig Zeit für die individuelle Förderung zu haben, dann liegt die Lösung nicht in der Amputation der anderen Schulformen, sondern in der Verbesserung der Grundschulstrukturen.

Die Verfechter des „Länger gemeinsamen Lernens“ verfahren nach der Taktik: „Je öfter eine Dummheit wiederholt wird, desto mehr bekommt sie den Anschein einer Klugheit (Voltaire).“ Die Verschiebung der Übertrittsentscheidung in die 6. Klasse widerspricht nicht nur den Ergebnissen der Forschung sondern auch den schulpraktischen Erfahrungen. Sie geht zu Lasten der Schüler.

Haben die Verfechter einer längeren Grundschulzeit bedacht, dass der Schulformwechsel dann mit der Pubertätsphase der Schüler zusammenfällt? Wie sollen die Kommunen bei ihrer derzeit de-saströsen Haushaltslage den Umbau des Systems bezahlen?

Es sollte auch klar gesagt werden, dass bei einem Übertritt der Schüler in die weiterführenden Schulen nach der 6. Klasse die Schule über die weiterführende Schulform entscheidet und nicht mehr die Eltern.

„Wer den Elternwillen und die Entscheidung der Eltern für die weiterführende Schule – und sie soll doch weiterführen – aushebeln will, riskiert den Widerstand der Eltern in NRW“, mahnt Gabriela Custodis.

Eltern- und Lehrerverbände jedenfalls werden keiner Verstümmelung der Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien zustimmen „Wer mit dem Feuer spielt, provoziert Hamburger Verhältnisse in NRW“, so Peter Silbernagel, Vorsitzender des Philologenverbandes NW.

Düsseldorf, den 5. Februar 2010

Gabriela Custodis, Vorsitzende der Landeselternschaft der Gymnasien in NRW e.V.
Peter Silbernagel, Sprecher des Aktionsbündnisses Schule
Vorsitzender des Philologenverbandes NW